

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>  
[https://twitter.com/AI\\_El\\_Salvador](https://twitter.com/AI_El_Salvador)  
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



30. April 2020

## EL SALVADOR: DAS FALSCHES DILEMMA ZWISCHEN DER EINHALTUNG VON MENSCHENRECHTEN UND DER KONTROLLE VON COVID-19

*Erika Guevara Rosas in der Online-Zeitung elfaro*

Bis zum vergangenen Dienstag verzeichneten [offizielle Daten](#) in El Salvador 345 bestätigte Fälle von COVID-19 und 2323 Personen, die „verhaftet wurden auf Grund der Missachtung der Quarantäne“. Die Daten zeigen, dass die Anzahl der Menschen, die Einschränkungen der persönlichen Freiheit erlitten haben, fast siebenmal so hoch ist wie die Zahl der bestätigten Fälle von COVID-19. Damit wird klar, dass Zwangsmaßnahmen die zentrale Strategie der Regierung zur Eindämmung der Pandemie darstellen.

Dadurch dass diese Maßnahmen von strategischer Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, erwecken sie den falschen Eindruck, dass die Behörden alles Notwendige tun, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Sie können aber auch die Wirksamkeit der staatlichen Reaktion untergraben, weil sie sich auf die Bestrafung von Einzelpersonen konzentrieren und nicht auf die strukturellen Bedingungen, die die Ausbreitung begünstigen.

In El Salvador haben die Regelungen dazu geführt, dass tausende von Menschen wegen des Vorwurfs der ungerechtfertigten Verletzung der Quarantäne inhaftiert wurden. In viele Fällen wurden die Menschen an Orte gebracht, die dafür bekannt sind, dass [die notwendige physische Distanz und Hygienemaßnahmen nicht gewährleistet](#) werden. Die offiziellen Maßnahmen zur Eindämmung verlangsamten die Pandemie also keineswegs, sondern fördern vielmehr die Ausbreitung unter eigentlich gesunden Menschen.

Darüber hinaus betreffen die Zwangsmaßnahmen oft unverhältnismäßig stark marginalisierte, in Armut lebende oder von Diskriminierung bedrohte Personengruppen. Die Zwangsquarantäne wird so zu einer täglichen Herausforderung für den Lebensunterhalt der Menschen, die arbeitslos sind, dem informellen Wirtschaftssektor angehören oder unter sowieso schon prekären Bedingungen arbeiten.

Die durch die prekären wirtschaftlichen Bedingungen verursachte Notlage wurde deutlich in der [Überlastung der Niederlassungen des Centro de Atención por Demanda \(CENADE\)](#), Anm. d.

Übersetzerin: staatliche Behörde, die Unternehmen wirtschaftlich unterstützen soll), wo Ende März

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



tausende von Menschen eintrafen, um die von der Regierung angebotene finanzielle Unterstützung zu beantragen. Ebenso zeigt sich die prekäre Situation in rechtlichen Verfahren, in denen die Rechtmäßigkeit von Verhaftungen im Kontext der Pandemie angefochten wird, wobei einige Personen aussagen verhaftet worden zu sein, als sie ihr Haus verlassen haben, um [Lebensmittel oder Medikamente](#) zu kaufen.

Die Vorwürfe über willkürliche Inhaftierungen und exzessive Anwendung von Gewalt häufen sich. In nur 39 Tagen zählte der Oberste Gerichtshof [194 Rechtsbehelfe](#) zu möglichen willkürlichen Verhaftungen und exzessiver Gewaltanwendung; ebenso hat das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte [hunderte von Beschwerden](#) zu mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen erhalten.

In diesem Zusammenhang ist die Regierung von El Salvador zum Henker der in Armut lebenden Menschen geworden und bestraft sie mit Freiheitsentzug und noch größerer Exposition gegenüber dem COVID-19-Virus. Die Bevölkerung verdient umfassende Antworten und keine improvisierten Bruchstücke. Anstatt diejenigen zu verhaften, die nur Wasser, Nahrung oder Medikamente kaufen wollen, muss die Regierung überlegen, wie sie die Ursachen für die Nichteinhaltung der Beschränkungen angehen kann. Andernfalls verhängt sie unmögliche Maßnahmen gegen ihre Bevölkerung und bestraft sie für die Nichteinhaltung. Die Reaktion auf die Pandemie muss kollektiv sein und die Gesellschaft als Ganzes wirksam einbeziehen.

Darüber hinaus ist der Zugang zu Informationen nicht nur ein Menschenrecht, sondern bei dieser Pandemie absolut unerlässlich. In El Salvador wurden solche grundlegenden Informationen über die Ausnahmen von der Quarantäne [auf so verwirrende Weise verbreitet](#), dass sie in der Bevölkerung Besorgnis auslösten und zu Willkür seitens der Sicherheitskräfte führten.

Präsident Nayib Bukele trägt nicht dazu bei, COVID-19 zu besiegen, wenn er auf Twitter erklärt, dass [er sich nicht an die Entscheidung der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs halten wird](#), welche Freiheitsentzug in Form von Gefangenschaft oder erzwungener sanitärer Internierung derjenigen verbietet, die sich nicht an die Quarantäne halten. Im Gegenteil, mit seinem Handeln gelingt es dem Präsidenten nur, den Rechtsstaat zu schwächen.

In einer solchen Notfallsituation der öffentlichen Gesundheit sollten Funktionäre des Staates keine Botschaften senden, die Angst sähen und irrationale Unterwerfung fordern, wie es der Präsident in seiner Botschaft vom 6. April getan hat. Hier wies er Sicherheitskräfte an [„härter durchzugreifen“](#), wenn Personen sich nicht an die Quarantäne halten und äußerte außerdem, dass ihn die Anzeigen gegen Behörden nicht kümmerten, die [„Handgelenke beugen“](#) und Fahrzeuge beschlagnahmen.

Die Behörden müssen verstehen, dass es kontraproduktiv ist, Menschenrechtsstandards zu verletzen, um die Bevölkerung vor der Pandemie zu schützen. Wenn Einzelpersonen und Gemeinschaften sich ihrer Grundbedürfnisse sicher sind und Zugang zu eindeutigen Informationen über Gesundheitsrisiken und Maßnahmen zur Risikominderung haben, ist es wahrscheinlicher, dass sie mit den Behörden zusammenarbeiten und die Bedeutung der Einhaltung der Vorschriften verstehen.

Deshalb veröffentlichen wir heute gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen einen [offenen Brief](#) an Präsident Bukele, in dem wir unsere Bedenken darlegen und ihn auffordern, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren, die Menschenrechte zu garantieren und den jüngsten Urteilen der Verfassungskammer nachzukommen.

Es ist unerlässlich, eine wirksame Strategie mit rechtsstaatlichen, notwendigen und verhältnismäßigen Maßnahmen zu entwickeln. Die Regierung muss im Kampf gegen die Pandemie die Gemeinschaft stärken und einbinden, die öffentliche Politik so gestalten, dass sie zur



Vertrauensbildung und Solidarität beiträgt und die Menschenrechte in jeder Reaktion des Staates einfließen lassen.

Die staatlichen Behörden dürfen die Bevölkerung in dieser kritischen Zeit nicht im Stich lassen. Leider muss in El Salvador nicht nur COVID-19 bekämpft werden, sondern auch alle Maßnahmen, die die Rechtsstaatlichkeit, die Gesundheit und die Menschenrechte der Bevölkerung gefährden.



Erika Guevara Rosas ist Menschenrechtsanwältin und Direktorin für den amerikanischen Kontinent bei Amnesty International.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe  
Verbindlich ist das spanische Original:

**El falso dilema entre los derechos humanos y el control del COVID-19**

<https://elfaro.net/es/202004/columnas/24363/El-falso-dilema-entre-los-derechos-humanos-y-el-control-del-COVID-19.htm>

